



ORGANISATION FÜR SICHERHEIT
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA
DER GENERALSEKRETÄR

**JAHRESBERICHT 1996
ÜBER OSZE-AKTIVITÄTEN**

A-1010 WIEN, KÄRNTNER RING 5-7

TEL: +43-1 514 36-0, FAX: +43-1 514 36-99

DOC.SEC/3/96
30. November 1996

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. Einleitung.....	1
II. Aktivitäten der OSZE.....	4
1. Politische Konsultationen und Verhandlungen.....	4
2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung	4
2.1 Langzeitmissionen.....	4
2.1.1 Langzeitmission für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina.....	4
2.1.2 „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	5
2.1.3 Mission in Georgien.....	5
2.1.4 Mission in Estland.....	7
2.1.5 Mission in Moldau	7
2.1.6 Mission in Lettland	8
2.1.7 Mission in Tadschikistan	8
2.1.8 Mission in Sarajewo.....	9
2.1.9 Mission in der Ukraine.....	9
2.1.10 Mission in Bosnien und Herzegowina	9
2.1.11 Mission in Kroatien.....	12
2.2 Sonstige OSZE-Aktivitäten vor Ort	12
2.2.1 OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien	12
2.2.2 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt.....	12
2.3 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen.....	13
2.3.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch- russischen Kommission für pensionierte Militär- angehörige.....	13
2.3.2 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungs- kommission für pensionierte Militärangehörige	13
2.3.3 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunda	13
2.3.4 Koordinator für Sanktionen und Missionen zur Unterstützung von Sanktionen (SAM).....	14
3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM).....	14
3.1 Kroatien.....	15
3.2 Estland.....	15
3.3 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.....	15
3.4 Ungarn.....	16
3.5 Kasachstan.....	16
3.6 Kirgisistan	16
3.7 Lettland.....	16
3.8 Rumänien	17
3.9 Slowakei.....	17
3.10 Ukraine.....	17

Seite

4.	Die menschliche Dimension: Tätigkeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte	18
4.1	Wahlüberwachung.....	18
4.2	Einbindung der menschlichen Dimension in die Arbeit des Ständigen Rates.....	18
4.3	Seminare, Symposien und Tagungen	19
4.4	Fortbildungsprogramme für nichtstaatliche Organisationen.....	20
4.5	Medien.....	20
4.6	Missionsunterstützung.....	21
4.7	Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti.....	21
4.8	GUS-Migrationskonferenz.....	21
5.	Sicherheitskooperation.....	22
5.1	Das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung.....	22
5.2	Übereinkommen über chemische Waffen	22
5.3	Verhaltenskodex.....	22
5.4	Weltweiter Austausch militärischer Information	22
5.5	Ein Rahmen für Rüstungskontrolle	23
5.6	VSBM-Übersicht.....	23
6.	Sonstige Aktivitäten.....	23
6.1	Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten.....	23
6.2	Die wirtschaftliche Dimension.....	24
6.3	Medien und Öffentlichkeitsarbeit.....	25
III.	Die Parlamentarische Versammlung.....	27
IV.	Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen.....	29
V.	Beziehungen zu Kooperationspartnern	31
VI.	Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs).....	32
VII.	Verwaltung und Finanzen	33
1.	Finanzen.....	33
1.1	Finanzvorschriften.....	33
1.2	Haushaltsplanung	33
1.3	Rechnungswesen	33
1.4	Verwaltung der Barmittel.....	34
2.	Personal.....	34
2.1	Personalstatut	34
2.2	Interne Verfahren	34
2.3	Einstellung von Personal.....	34
3.	Informationssysteme	34
3.1	Operative Angelegenheiten	34
3.2	Neue Entwicklungen	34
4.	Rechtliche Angelegenheiten.....	35
5.	Sonstige Verwaltungstätigkeit	35
	Anhänge	36

I. Einleitung

Der Berichtszeitraum (Oktober 1995 bis Oktober 1996) war durch einen verstärkten Einsatz der OSZE gekennzeichnet. Der Ministerratsbeschluß von Budapest über das Engagement der OSZE in Bosnien und Herzegowina stellte die KSZE/OSZE vor eine noch nie dagewesene Herausforderung. Die Organisation mußte vor Augen führen, inwieweit sie darauf vorbereitet ist, im multiinstitutionellen Gefüge der Zeit nach dem Kalten Krieg äußerst komplizierte Aufgaben zu übernehmen.

Nach allem, worauf die OSZE in Bosnien und Herzegowina bisher verweisen kann, insbesondere im Hinblick darauf, was sie im Zusammenhang mit den Wahlen in diesem Land geleistet hat, ist sie den größten Herausforderungen unserer Tage gewachsen. Die von der OSZE beaufsichtigten Wahlen waren ein gewaltiger Schritt zur Normalisierung der Lage im Land nach dem Konflikt.

Die OSZE leistete den Parteien des Dayton-Übereinkommens Hilfestellung bei ihren Verhandlungen über Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen und half bei der Durchführung und Verifikation der daraus resultierenden Vereinbarungen. Die Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen führten zu einem umfassenden Übereinkommen; die Rüstungskontrollgespräche fanden im Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle ihren erfolgreichen Abschluß.

Die OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien setzte ihre Tätigkeit unter schwierigsten Bedingungen fort. Der Abschluß einer Vereinbarung brachte Fortschritte, und ein Engagement der OSZE ist nach wie vor erwünscht.

Der Einsatzbereich der OSZE wurde um die OSZE-Mission in Kroatien erweitert, die auf Ersuchen der kroatischen Regierung durch einen Beschluß des Ständigen Rates im April ins Leben gerufen wurde. Die Mission leistet den kroatischen Behörden und interessierten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen Hilfestellung beim Schutz der Menschenrechte und der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, gestützt auf die Fachkompetenz des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte und in enger Zusammenarbeit unter anderem mit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES), dem Europarat, der Überwachungsmission der Europäischen Gemeinschaft (ECMM), dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für regionale Fragen, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und einschlägigen NGOs.

Alle übrigen OSZE-Missionen vor Ort sind nach wie vor im Einsatz, mit Ausnahme der Mission für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina, die immer noch ruht, da die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit nicht zustimmt. Die Missionen leisten weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stabilität im OSZE-Gebiet. Obwohl alle Betroffenen den Missionen ein hervorragendes Zeugnis ausstellen, konnte noch keine von ihnen ihr Mandat zur Gänze erfüllen und aufgelöst werden.

In Ermangelung einer politischen Vereinbarung erwies es sich als unmöglich, eine friedenserhaltende Operation der OSZE in Berg-Karabach einzuleiten. Die Waffenruhe hält nun allerdings schon seit mehr als zwei Jahren, und die Gespräche gehen weiter.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) setzte seine diskrete Diplomatie im OSZE-Gebiet fort. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) baute seine Tätigkeit im Bereich der menschlichen Dimension aus und arbeitete dabei eng mit anderen internationalen Organisationen und - im Falle der Wahlüberwachung - mit Parlamentariern zusammen.

Die OSZE ist dabei, Maßnahmen im Anschluß an den Stabilitätspakt für Europa zu treffen. In Ausübung der Funktion einer Sammelstelle, mit der die OSZE betraut wurde, hat das Sekretariat ein Verzeichnis der gemäß dem Pakt bei der OSZE hinterlegten Vereinbarungen erstellt. Die OSZE ist bereit, bei der Wiederaufnahme regionaler Gespräche am Runden Tisch Hilfestellung zu leisten.

Die rasche Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten steht in der Prioritätenliste der OSZE nach wie vor an vorderer Stelle. Die OSZE beweist ihr Engagement durch Fortbildungs- und Schulungsseminare und Workshops, die von OSZE-Institutionen in den betreffenden Staaten abgehalten werden.

Das Verbindungsbüro der OSZE in Zentralasien ist nun schon über ein Jahr tätig. Nach Prüfung seiner Aktivitäten beschloß der Ständige Rat im Mai, das Mandat um zwei Jahre zu verlängern und den Personalstand aufzustocken. Der Besuch der Troika in dieser Region im September führte zu einer weiteren politischen Unterstützung der dort in Gang befindlichen Demokratisierungsprogramme.

Die Organisation hielt regelmäßig Kontakt zu anderen internationalen Organisationen, zu NGOs und zu Kooperationspartnern. In ihren Kontakten zu anderen internationalen Organisationen bemühte sich die OSZE nach wie vor um Vermeidung von Doppelarbeit durch einander verstärkende Zusammenarbeit, bei der die besonderen Stärken jeder Organisation zum Tragen kommen sollen.

In Anbetracht des Potentials der NGOs nahm die OSZE eine Untersuchung über Mittel und Wege zu deren besserer Einbindung vor und setzte Schritte zur Umsetzung der in dieser Untersuchung ausgesprochenen Empfehlungen.

Im Gefolge des Gipfeltreffens von Budapest verstärkten sich die Bemühungen der OSZE im Mittelmeerraum. Über eine spezielle Kontaktgruppe wurden mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum auf verschiedenen Ebenen regelmäßige Kontakte gepflegt. Es wurden regionale Seminare und eine Sondersitzung zu Fragen des Terrorismus abgehalten. Die Kooperationspartner Japan und Korea und einige Kooperationspartner im Mittelmeerraum steuerten Wesentliches zum Einsatz der OSZE in Bosnien und Herzegowina bei.

Unter Schweizer Vorsitz verfolgte die OSZE weiterhin neue Ansätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und zu den militärischen Aspekten der Sicherheit. Die Diskussion über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert wurde intensiviert und vertieft.

Die Aufgaben und Einsätze der OSZE haben sich im Laufe des Jahres 1996 erheblich ausgeweitet. Allein schon das Engagement in Bosnien und Herzegowina hat den OSZE-Haushalt beinahe verdoppelt. Dennoch bleibt die OSZE eine kostengünstige, unbürokratische und schlanke Organisation. Vorschläge zur Umstrukturierung des Sekretariats im Hinblick auf einen effizienteren Betrieb wurden den Teilnehmerstaaten zur Erörterung vorgelegt.

II. Aktivitäten der OSZE

1. Politische Konsultationen und Verhandlungen

Im gesamten Berichtszeitraum war die Diskussion über das Sicherheitsmodell ein bestimmendes Thema. Der Ständige Rat spielte nach wie vor eine zentrale Rolle als Forum für Konsultationen sowie für die Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Organisation. Er gab den Missionen vor Ort die politische Orientierung und trug den sich rasch ändernden Gegebenheiten durch Beschlüsse über neue Initiativen Rechnung.

Da der Ständige Rat seinen Aufgaben in vollem Umfang nachkommt, fanden Treffen des Hohen Rates seltener statt.

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) trug zur Diskussion über das Sicherheitsmodell bei, indem es Erörterungen zu einem Rahmen für Rüstungskontrolle aufnahm, der auch der künftigen Agenda des Forums als Grundlage dienen soll. Im Rahmen seiner regelmäßigen Tätigkeit schenkte das FSK der Durchführung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen größere Aufmerksamkeit. Das Sekretariat unterstützte das FSK über das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) bei dieser Tätigkeit.

2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung

2.1 Langzeitmissionen

Elf Langzeitmissionen der OSZE und andere Aktivitäten vor Ort erwiesen sich als wirksames Instrument zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Grundlage dieser Aktivitäten sind Mandate, die von den Teilnehmerstaaten ausgearbeitet wurden und die besonderen Gegebenheiten im Gastland berücksichtigen. Die Bandbreite ihrer Aufgaben erstreckt sich beispielsweise von der Hilfestellung für das Gastland beim demokratischen Transformationsprozeß bis zur Stabilisierung der Lage nach einem Konflikt durch Mitwirkung am Prozeß der nationalen Aussöhnung.

Trotz ganz unterschiedlicher Verhältnisse sind die Langzeitmissionen der OSZE in der Frühwarnung tätig und ermöglichen es der Organisation, rasch zu handeln, wenn es darum geht, in bestimmten Gebieten, die der internationalen Staatengemeinschaft Anlaß zu großer Besorgnis geben, Spannungen abzubauen und dauerhafte Lösungen zu finden.

2.1.1 Langzeitmission für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina

Die Mission konnte nach wie vor nicht tätig werden, da die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) die Wiederaufnahme der Arbeit der Mission von der Rückkehr des Landes in die OSZE abhängig macht.

Angesichts der Verpflichtungen und Anliegen der OSZE im Hinblick auf diese Regionen war es dennoch möglich, die Lage vor Ort auf andere Weise zu überwachen.

Die Berichterstattung der Mission wurde teilweise dadurch ersetzt, daß einzelne OSZE-Teilnehmerstaaten die Lage analysieren. Die Informationen, die einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zugehen, werden wöchentlich dem Ständigen Rat vorgelegt.

Die Lage in Kosovo ist nach wie vor äußerst bedenklich. Dennoch kann auf eine erfreuliche Entwicklung hingewiesen werden, nämlich das Abkommen zu Fragen des Schulwesens zwischen den serbischen Zentralbehörden und politischen Führern der albanischen Volksgruppe in Kosovo, das die Wiedereingliederung albanischstämmiger Schüler und Lehrer in das staatliche Schulsystem ermöglicht.

2.1.2 „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Seit Abschluß des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina (Dayton-Übereinkommen) und eines Abkommens über die gegenseitige Anerkennung zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und angesichts der fortwährenden Präsenz der Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen (UNPREDEP) an der Nord- und der Westgrenze des Gastlandes haben sich die Aufgaben der Mission bei der Grenzüberwachung weiter verringert. Im Rahmen ihres Mandats, das im Laufe des Jahres neue Prioritäten erhielt, setzte die Mission die Überwachung der Lage sowohl im Landesinneren als auch nach außen hin fort, dies auch im Hinblick auf regionale Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit.

Die Mission arbeitete eng mit den Vereinten Nationen, anderen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um die Bemühungen zu koordinieren, die der Entwicklung der demokratischen Institutionen des Gastlandes gelten. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen veranstaltete sie einen internationalen Workshop unter dem Titel „Eine Agenda für vorbeugende Diplomatie“, der im Herbst 1996 in Skopje stattfand.

Die Mission unterstützte weiterhin die Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Im Mai 1996 organisierte sie eine Marathon-Teamschaltung zwischen den Städten Skopje und Tetovo, an der Teams aus allen Teilen der Gemeinschaft teilnahmen.

2.1.3 Mission in Georgien

Die Mission suchte weiter nach Mitteln und Wegen zur Erfüllung ihrer Hauptaufgabe - der Herbeiführung einer Lösung im Südossetien-Konflikt. Der Missionsleiter zählt zu den fünf Parteien, die am 16. Mai 1996 in Anwesenheit der Präsidenten Jelzin und Schewardnadse im Kreml das „Memorandum zur Stärkung sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen“ unterzeichneten. Am 23. Juli nahmen der Missionsleiter und drei andere Missionsmitglieder an der ersten Sitzung der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) seit Juli 1995 teil, die 1994 eingerichtet wurde, um die vom Konflikt herrührenden Probleme einer praktischen Lösung zuzuführen.

Weitere Anstöße zu einer politischen Regelung gingen von einem Treffen zwischen Präsident Schewardnadse und dem südossetischen Führer Tschibirow aus, das am 27. August in Wladikawkas stattfand und auf dem sich beide Seiten verpflichteten, den Weg zu einer umfassenden Regelung des georgisch-ossetischen Konflikts weiter zu beschreiten.

Als nächster Schritt werden Verhandlungen über den künftigen Status Südossetiens folgen, die von hochrangigen Vertretern der betroffenen Parteien geführt werden sollen. Die Zustimmung der Führung Südossetiens zur Eröffnung einer Außenstelle der OSZE-Mission in Zchinwali ist als ermutigendes Signal zu betrachten.

Die Mission hatte drei Hauptaufgaben zu bewältigen: Erstens galt es dazu beizutragen, die Waffenruhe durch tägliche Überwachungsbesuche an den Kontrollstellen der Friedenstruppen in den Konfliktzonen aufrechtzuerhalten; zweitens hatte sie als Vermittler zwischen Präsident Schewardnadse und dem südossetischen Führer Tschibirow zu fungieren und den Verhandlungsprozeß in Gang zu halten; und drittens sollte sie über informelle Kontakte den georgisch-ossetischen Informationsfluß erleichtern, etwa durch ein Gespräch am Runden Tisch in Zchinwali unter Beteiligung von Journalisten der gegnerischen Parteien und durch den Austausch von Medienmaterial.

Ein weiteres Element in den Bemühungen um eine umfassende Beilegung des Konflikts - die Wirtschaftsinitiative der Mission zur Wiederbelebung des normalen Wirtschaftslebens innerhalb Südossetiens und zwischen diesem und den benachbarten Gebieten - kam nach dem Februar 1996 zum Tragen; es fanden ausgedehnte Besuche mehrerer internationaler Experten statt, die die Aussichten in verschiedenen Sektoren untersuchten. Zur Flüchtlingsproblematik im Gefolge des Konflikts unterbreitete der Missionsleiter im Juli hohen Beamten beider Seiten Vorschläge, wie die Rückkehr ossetischer Flüchtlinge in das Gebiet von Borschomi in Georgien erleichtert werden könnte; das betreffende Papier wurde danach in der JCC eingebracht.

In Abchasien, dem zweiten georgischen Krisenherd, ist die Mission nach wie vor in Menschenrechtsfragen aktiv; ihre Mitglieder besuchen fast jeden Monat das Gebiet. Beide Seiten scheinen diese Besuche als nützliches Instrument für eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Fragen des Zugangs zu Inhaftierten und der Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen zu betrachten. Im Juni 1996 besuchten Missionsmitglieder zum ersten Mal Abchasen in georgischer Gefangenschaft und von der abchasischen Seite gefangengehaltene Georgier. Am 22. Oktober 1996 beschloß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Einrichtung eines Menschenrechtsbüros in Suchumi (es soll am 10. Dezember 1996 eröffnet werden) unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und mit Unterstützung der OSZE.

Der Unterstützung des Europarats für die Bemühungen der OSZE vor Ort ist es auch zu verdanken, daß die Mission ihre Tätigkeit im Bereich der Menschenrechte wesentlich ausbauen konnte, wobei Georgien ganz allgemein in diesem Bereich weiterhin gute Fortschritte macht. Das Zusammenwirken der Mission mit der georgischen Justiz und dem georgischen Innenministerium hat sich merklich gebessert. Mitarbeiter des Menschenrechtsbüros der Mission machten zahlreiche Besuche bei Inhaftierten, und Missionsmitglieder wohnten regelmäßig politisch gefärbten Gerichtsverfahren in Tiflis bei. Über Seminare des BDIMR konnte etwa in Fragen einer Gefängnisreform, einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit menschenrechtsorientierter NGOs und eines Ombudsmanngesetzes Fachkompetenz eingebracht werden. Die Mission trat wesentlich häufiger und regelmäßiger mit nichtstaatlichen Organisationen vor Ort in Kontakt, die sich Fragen der Menschenrechte und der Demokratisierung widmen.

Es gelang der Mission, etwas mehr humanitäre Hilfe zu leisten und die Verteilung von Hilfsgütern an jene Flüchtlingsgruppen außerhalb der abchasischen Konfliktzone verstärkt zu

unterstützen, deren Lage als besonders ernst beurteilt wurde. In bezug auf Südossetien gilt die Mission als Koordinator internationaler Bemühungen um humanitäre Hilfe.

2.1.4 Mission in Estland

Anfang 1996 befaßte sich die Mission eingehend mit der Arbeit an einem neuen Kommunalwahlgesetz; sie war zu diesem Zweck in den Sitzungen des für die Ausarbeitung des Gesetzes zuständigen Parlamentsausschusses vertreten. Die Mission überwachte auch die Staatsbürgerschaftsprüfungen, mit denen im Dezember 1995 nach dem estnischen Staatsbürgerschaftsgesetz begonnen wurde.

Das gesamte Jahr 1996 hindurch verfolgte die Mission die Fortschritte bei der Bearbeitung von Aufenthaltsbewilligungen; seit der zweiten Jahreshälfte werden Aufenthaltsbewilligungen und Fremdenpässe ausgegeben.

Die Mission widmete sich weiterhin Fragen im Zusammenhang mit Estnisch-Kursen für die russischsprachige Bevölkerung, da diese eine wesentliche Voraussetzung für echte Integration sind, und half mit, den Sprachkursen ausländische Unterstützung zukommen zu lassen.

1996 verfolgte und unterstützte die Mission Gespräche am Runden Tisch in Estland, in denen Vertreter verschiedener Bevölkerungsteile ein breites Spektrum von Themen, unter anderem kulturelle und bildungspolitische Fragen, erörtern.

2.1.5 Mission in Moldau

Die Verhandlungen zur Regelung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und ihrem östlichen Teil kamen voran. Mit Unterstützung der Vermittler (die OSZE-Mission, die Russische Föderation und die Ukraine) arbeiteten die betroffenen Parteien ein „Memorandum über die Grundsätze für die Regelung der Beziehungen zwischen Moldau und Transnistrien“ aus. Dieses Dokument legt die grundsätzlichen Aspekte für einen Sonderstatus des östlichen Teils Moldaus fest und behandelt mögliche Garantien für die Durchführung der Vereinbarungen über eine endgültige Regelung. Das Memorandum soll nach den Präsidentschaftswahlen Ende 1996 unterzeichnet werden.

Bei diesen Verhandlungen wurden bestimmte Probleme in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten - Moldau und dem östlichen Teil Moldaus - erörtert. Die Mission beteiligte sich gemeinsam mit den anderen Vermittlern sowohl an der Ausarbeitung als auch an der Durchführung der dabei erzielten Vereinbarungen.

Im Januar 1996 wurden neue „Grundsätze für die Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Kontrollkommission“ (JCC) unterzeichnet. Dieses Dokument legt den Grundstein für eine aktivere Beteiligung der Mission an der Tätigkeit der JCC.

Militärische Verbände der Einsatzgruppe der Russischen Föderation im östlichen Teil Moldaus kamen im Juni turnusmäßig im russischen Friedenskontingent zum Einsatz. Die moldauische Seite erhob Einspruch gegen die Verlegung, mit der Begründung, es handle sich dabei um eine Verletzung des russisch-moldauischen Abkommens von 1992, und war der

Ansicht, dies gefährde die Durchführung des Abkommens von 1994 über den Abzug der russischen Streitkräfte (der ehemaligen 14. Armee).

Die Mission berichtete regelmäßig über die langfristige Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen des Budapester Dokuments 1994 und beobachtete die Lage in bezug auf die Streitkräfte in der Region.

Hinsichtlich der menschlichen Dimension untersuchte die Mission die Verhältnisse in moldauischen Gefängnissen, wo dringend humanitäre Hilfe erforderlich ist, und verfolgte den Fall der „Ilascu-Gruppe“ (Ilie Ilascu und fünf andere Männer wurden von den Behörden des östlichen Teils Moldaus zum Tod verurteilt, weil ihnen ein politisch motivierter Mord im Jahr 1993 zur Last gelegt wird).

2.1.6 Mission in Lettland

Die Mission überwachte die Durchführung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1994 und des Gesetzes über Nicht-Staatsbürger aus dem Jahr 1995. Sie setzte ihre enge Zusammenarbeit mit der Einbürgerungsbehörde fort. Mit Genehmigung des Leiters dieser Behörde überwachten Missionsmitglieder die Abhaltung von Einbürgerungsprüfungen, die sie als gerecht beurteilten.

Die Mission setzte ihren Dialog mit dem Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsamt über die Durchführung des Gesetzes über Nicht-Staatsbürger fort. Die Mission fungierte auch - im Rahmen der Abkommen über den Truppenabzug vom April 1994 - als unparteiischer Vermittler in bezug auf die in Lettland gebliebenen pensionierten Militärangehörigen aus der Russischen Föderation.

2.1.7 Mission in Tadschikistan

Die drei am 1. Oktober 1995 vom UNHCR übernommenen Außenstellen erwiesen sich 1996 als sehr nützlich für die Beobachtung der Menschenrechtslage im Hinblick auf die zurückgekehrten tadschikischen Flüchtlinge. Dank einer großzügigeren Auslegung ihres Mandats konnten sie sich darüber hinaus erfolgreich einigen anderen sehr schwierigen Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten widmen, wie etwa der Unabhängigkeit politischer Parteien, der Pressefreiheit, der Unabhängigkeit der Justiz und dem Strafvollzug. Die Mission arbeitete eng mit dem BDIMR, dem UNHCR, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Tadschikistan (UNMOT) sowie mit internationalen Organisationen wie dem IKRK zusammen.

Am 22. Februar genehmigte der Ständige Rat die Mitwirkung der OSZE an der Einrichtung eines Ombudsmann-Büros - einschließlich finanzieller Unterstützung -, das im Entwurf eines Präsidentenerlasses vorgesehen war, der seit fast einem Jahr diskutiert wurde. Obwohl die tadschikische Regierung letztlich anders entschied, hatte die OSZE-Mission ihre Bereitschaft gezeigt, der Regierung jederzeit bei der Schaffung einer unabhängigen Institution behilflich zu sein, die sich der Festigung der Menschenrechte und der Demokratie widmet.

Vom 24. bis 26. April veranstaltete die OSZE-Abteilung für die Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden ein Regionalseminar über Vertrauensbildung. Bei diesem Seminar - dem ersten seiner Art in Tadschikistan - kamen Delegationen aus allen fünf zentral-

asiatischen Staaten mit hohen OSZE-Vertretern, Delegationen aus anderen OSZE-Teilnehmerstaaten sowie mit Vertretern internationaler und lokaler NGOs zusammen.

Die Mission verfolgte weiterhin die unter dem Vorsitz der Vereinten Nationen stattfindenden innertadschikischen Gespräche.

2.1.8 Mission in Sarajewo

Anfang 1996 wurde die Mission in Sarajewo erweitert und in eine Abteilung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina umgewandelt.

2.1.9 Mission in der Ukraine

In den Monaten Januar bis Juni befaßte sich die Mission in erster Linie mit Verfassungsfragen, vor allem der Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung für die Krim. Ein Gespräch am Runden Tisch, das vom HKNM und der Mission am 13. und 14. März im niederländischen Noordwijk veranstaltet wurde, wirkte sich positiv auf die Verfassungsdebatte in der Ukraine aus. In der am 28. Juni 1996 verabschiedeten ukrainischen Verfassung wird eine „Autonome Republik Krim“ mit einer eigenen Verfassung anerkannt, eine Bestimmung, die für dauerhafte politische Stabilität auf der Krim von Bedeutung ist. Darüber hinaus war das Gespräch am Runden Tisch in Noordwijk der Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf das ukrainische Parlament am 4. April 1996 eine Teilverfassung für die Krim verabschiedete, wobei Teilverfassung bedeutet, daß ungefähr zwanzig kritische Artikel in dem Dokument noch auf ukrainisches Recht abgestimmt werden müssen.

In der zweiten Jahreshälfte verlagerte die Mission ihren Schwerpunkt auf die Frage der deportierten Völker, insbesondere der Tataren. Eine Reihe von Berichten wurde verfaßt, und die Mission veranstaltete in Kiew ein Seminar über Fragen der ukrainischen Staatsbürgerschaft im Hinblick auf die Tataren und andere ehemals von der Krim Deportierte.

Das Seminar, an dem hohe Beamte aus der Ukraine und der Krim, tatarische Führungspersonlichkeiten und ausländische Experten teilnahmen, führte zu einer Reihe von Zusagen, die zu einer Entschärfung der Staatsbürgerschaftsfrage in naher Zukunft beitragen sollten. Es könnte auch erneut gesetzgeberische und politische Aktivitäten in Gang setzen, die in absehbarer Zeit zu einer endgültigen Lösung des Problems führen könnten.

Die Mission in der Ukraine arbeitet eng mit dem HKNM zusammen und baut ihre Zusammenarbeit mit Organen wie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem UNHCR aus, um aus deren Ressourcen und Erfahrungen maximalen Nutzen zu ziehen.

2.1.10 Mission in Bosnien und Herzegowina

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina wurde am 8. Dezember 1995 auf dem Fünften Treffen des Ministerrats eingerichtet. Der ungarische Amtierende Vorsitzende bestellte Botschafter Robert Frowick aus den Vereinigten Staaten zum Leiter der Mission.

Mit einem genehmigten Mitarbeiterstab von 233 Personen und mit Dutzenden internationalen Hilfskräften (in erster Linie aus der ECMM und der *Civil Military Co-*

operation/Implementation Force (CIMIC/IFOR) ist die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina die bisher größte OSZE-Mission vor Ort.

Der OSZE und ihrer Mission wurde die Aufgabe übertragen, die Vorbereitung und Abhaltung freier und gerechter Wahlen zu beaufsichtigen und die Menschenrechtslage zu überwachen. Darüber hinaus soll die OSZE dabei mitwirken, daß die Überwachung von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung erleichtert wird.

Wahlen. Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina half den Parteien dabei, die für die Abhaltung der Wahlen erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen: ein politisch neutrales Umfeld, das Recht auf geheime Stimmabgabe ohne Furcht vor Einschüchterung, das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Medien, Vereinigungsfreiheit und Freizügigkeit.

Die im Anschluß an das Dayton-Übereinkommen geschaffene Provisorische Wahlkommission (PEC) trat am 1. Februar 1996 zu ihrer ersten Sitzung zusammen; die grundlegenden Regeln und Vorschriften für die Wahlen wurden am 22. Februar verabschiedet. Mit Unterstützung der Schweizer Regierung wurde ein *Free Elections Radio Network* (FERN) eingerichtet, damit wenigstens ein Kommunikationskanal zur Verfügung steht, zu dem alle politischen Parteien gleichermaßen Zugang haben; FERN ging am 15. Juli in Betrieb. Der Fernsehsender *Open Media Network* nahm im September die Sendetätigkeit auf.

Die im Dokument von Dayton vorgesehenen Wahlen sollten sechs bis neun Monate nach Unterzeichnung des Übereinkommens stattfinden. Am 25. Juni kam der Amtierende Vorsitzende zu dem Ergebnis, daß es keine überzeugende Alternative zur Abhaltung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gebe; sie fanden am 14. September statt. Im August entschied der Ständige Rat, daß die ebenfalls vorgesehenen Kommunalwahlen auf November verschoben werden sollten, da die Regeln und Vorschriften der PEC in vielen Fällen verletzt worden waren. Im Oktober wurden diese Wahlen erneut verschoben; sie sollen nun so früh wie möglich im Jahr 1997 stattfinden.

Über 1.200 Wahlüberwacher aus Teilnehmerstaaten der OSZE standen den Behörden zur Seite. An die 900 internationale Beobachter, die von Herrn van Thijn, dem Koordinator der internationalen Überwachung (CIM), koordiniert wurden, überwachten am 14. September die Wahlen, denen die PEC am 29. September bescheinigte, daß sie den international anerkannten Normen in bezug auf passives Wahlrecht, Zugang, Wahlbeteiligung und Transparenz entsprachen.

Menschenrechte. Die Mission verdankt es der Einrichtung von Außenstellen und der Bestellung von Beobachtern, daß sie über Menschenrechtsverletzungen und die Menschenrechtslage ganz allgemein berichten konnte, mit Schwerpunkt auf Menschenrechten in bezug auf Wahlen, wie etwa Freizügigkeit, Recht auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit. Sie half auch, Kontakte zwischen örtlichen Menschenrechtsorganisationen herzustellen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Aufnahme von Kontakten zwischen den Volksgruppen und eines Dialogs unter Intellektuellen, religiösen Führern, Journalisten, Frauen und Jugendlichen.

Regionale Stabilisierung. Ein Übereinkommen zwischen der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina wurde am 26. Januar unter dem Vorsitz von Botschafter Gyarmati, einem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, geschlossen. Mit der Durchführung des Übereinkommens wurde am 1. März 1996 begonnen. Ein Übereinkommen, das den Parteien dabei helfen soll, ein ausgewogenes und stabiles Niveau der Verteidigungskräfte auf niedrigster Ebene im Einklang mit ihren jeweiligen Sicherheitsbedürfnissen herbeizuführen, kam am 14. Juni unter Botschafter Eide, ebenfalls einem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, zustande.

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina arbeitete eng mit anderen internationalen Akteuren zusammen, wie etwa der ECMM, der IFOR, dem Büro des Hohen Beauftragten (OHR), dem Internationalen Ombudsmann, der Kammer für Menschenrechte, dem Büro des CIM und dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).

Die Ombudsmänner der Föderation. Nach Einrichtung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina im Dezember 1995 ging die alte Mission (die OSZE-Mission in Sarajewo) in der neuen auf, die nunmehr für die Unterstützung - politischer und logistischer Art - der drei Ombudsmänner der Föderation verantwortlich ist, die die drei wichtigsten Volksgruppen vertreten. Eine Verbindungsstelle zu den Ombudsmännern wurde in der Menschenrechtsabteilung der neuen Mission eingerichtet.

Die Ombudsmänner konzentrierten sich auf Fragen des Eigentumsrechts, der Staatsbürgerschaft und der Freizügigkeit und bemühten sich, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen in ihre Heimatorte zurückkehren können. Sie befaßten sich auch mit Problemen im Zusammenhang mit einer falschen Anwendung des Amnestiegesetzes. Darüber hinaus informieren sie die Öffentlichkeit via Medien über ihre Arbeit und wirken gleichzeitig erzieherisch in Menschenrechtsfragen.

Die Verbindungsstelle zu den Ombudsmännern bemühte sich um Mittel von außerhalb der OSZE, damit die Ombudsmänner effizienter arbeiten und ihre Tätigkeit auf neue Bereiche ausdehnen können.

Die Menschenrechtskommission. Die im Gefolge des Dayton-Übereinkommens eingerichtete Menschenrechtskommission ist ein nationales Gremium, das für die ersten fünf Jahre seines Bestehens internationalen Charakter haben wird. Sie setzt sich aus einer Kammer für Menschenrechte und einem Ombudsmann für Menschenrechte zusammen. Offiziell nahm die Kommission als Ganzes am 27. März 1996 ihre Arbeit auf.

Ombudsfrau für Menschenrechte. Im Dezember 1995 bestellte der ungarische Amtierende Vorsitzende Frau Gret Haller aus der Schweiz zur Menschenrechts-Ombudsfrau der OSZE für Bosnien und Herzegowina. Mitte Februar nahm sie ihre Tätigkeit auf ständiger Basis auf. Die Ombudsfrau für Menschenrechte wurde für eine nicht verlängerbare Funktionsperiode von fünf Jahren bestellt.

Die Kammer für Menschenrechte. Die Kammer für Menschenrechte besteht aus 14 Mitgliedern. Das Ministerkomitee des Europarats hat acht Mitglieder bestellt, die Föderation Bosnien und Herzegowina vier, die Republika Srpska zwei. Der Europarat wählte Professor Peter Germer aus Dänemark zum Präsidenten der Kammer. Die Funktionsperiode

der Kammer für Menschenrechte beträgt fünf Jahre; ihre derzeitige Funktionsperiode begann am 15. März 1996.

2.1.11 Mission in Kroatien

In Anbetracht des Berichts über eine OSZE-Erkundungsmission in Kroatien (Oktober 1995) und des Berichts eines Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden über seinen Besuch in diesem Land (Februar 1996) beschloß der Ständige Rat am 17. April 1996 auf Ersuchen der kroatischen Regierung, eine OSZE-Langzeitmission einzurichten.

Die Mission hat vor allem die Aufgabe, die kroatischen Behörden auf allen Ebenen - und ebenso interessierte Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen - bezüglich des Schutzes der Menschenrechte und der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten mit Rat und Fachwissen zu unterstützen. Um die Aussöhnung, die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der höchsten international anerkannten Standards zu fördern, wird die Mission in diesem Zusammenhang auch die Durchführung der Gesetze mit Rat und Tat unterstützen und die Entwicklung und das Funktionieren demokratischer Institutionen, Prozesse und Mechanismen überwachen.

Die Mission wird ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit dem HKNM und dem BDIMR, mit anderen internationalen Institutionen und Organisationen (insbesondere mit dem Europarat), der ECMM, dem Sonderbeauftragten für regionale Fragen, dem UNHCR, dem IKRK und einschlägigen NGOs wahrnehmen. Der Ständige Rat hob hervor, daß eine enge Zusammenarbeit der Mission mit der UNTAES erforderlich sei.

Die OSZE-Mission in Kroatien nahm ihre Tätigkeit am 5. Juli 1996 auf, als Botschafter Albertus J.A.M. Nooij und eine Reihe anderer Missionsmitglieder ihren Dienst in Zagreb antraten. Entsprechend dem Beschluß des Ständigen Rates wurden im August in Vukovar und Knin Außenstellen eröffnet.

2.2 Sonstige OSZE-Aktivitäten vor Ort

2.2.1 OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien

Dieser OSZE-Einsatz und die Mission in Bosnien ziehen das größte öffentliche Interesse auf sich. Leiter der Unterstützungsgruppe ist Botschafter Tim Guldemann aus der Schweiz, der seine Arbeit am 4. Januar 1996 aufnahm.

Die Unterstützungsgruppe hat erfolgreich Kontakte zwischen den Konfliktparteien vermittelt und beim Zustandekommen der Moskauer Vereinbarung und der beiden Protokolle von Nasran eine wichtige Rolle gespielt. In der Moskauer Vereinbarung über die Waffenruhe werden die Verdienste der OSZE durch die Formulierung „über Vermittlung der OSZE-Mission“ gewürdigt.

2.2.2 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt

Der Persönliche Vertreter kam einmal pro Monat mit Vertretern der armenischen und der aserbaidzhanischen Behörden und mit den politischen und militärischen Führern von Berg-Karabach zusammen. In Zusammenarbeit mit seinen Assistenten vor Ort erstellte er

Sonderberichte, in erster Linie zu Fragen der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM).

Hinsichtlich der auf eine Stabilisierung der Waffenruhe abzielenden VSBM führte der Persönliche Vertreter in Zusammenarbeit mit den Parteien einen „Mechanismus zur Krisenbeobachtung“ ein, um behauptete Verletzungen der Waffenruhe zu überprüfen. Ein ähnlicher Mechanismus soll ausgearbeitet werden, um den Amtierenden Vorsitzenden und die Kovorsitzenden der Minsker Konferenz in den Überprüfungsprozeß einzubinden.

In Begleitung von Vertretern der Minsker Gruppe besuchte der Amtierende Vorsitzende im Februar 1996 die Region und schlug ein „Lösungspaket“ vor, das nunmehr den Rahmen für weitere Verhandlungen bietet.

Der Amtierende Vorsitzende bestellte Herrn Andrzej Kasprzyk aus Polen zu seinem neuen geschäftsführenden Persönlichen Vertreter; Herr Kasprzyk trat seinen Dienst im Juli 1996 an.

2.3 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen

2.3.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige

Die Gemeinsame Kommission für pensionierte Militäranghörige trat weiterhin regelmäßig zusammen. Alle Seiten vermerkten einen spürbaren Rückgang der an die Kommission herangetragenen Beschwerden.

2.3.2 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militäranghörige

Die estnische Regierungskommission für pensionierte Militäranghörige, die mit der Prüfung von Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigung von früheren Berufsoffizieren mit ausländischer Staatsbürgerschaft betraut ist, konnte die große Zahl von Anträgen bis 12. Juli 1996 (dem von der estnischen Nationalversammlung festgelegten Schlußtermin) bewältigen und übermittelte der estnischen Regierung ihre Empfehlungen.

Mittlerweile hat die Regierung ungefähr 4000 Problemfälle festgestellt, die im Hinblick auf eine endgültige Entscheidung binnen sechs Monaten nochmals zu prüfen sind. Mit dieser Arbeit und ungefähr 1000 weiteren bisher noch nicht behandelten Fällen wird die Kommission bis Anfang 1997 beschäftigt sein.

2.3.3 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skruna

Der OSZE-Vertreter und sein Stellvertreter, die am 6. April 1995 vom Amtierenden Vorsitzenden bestellt wurden, nahmen 1996 zwei reguläre Inspektionen vor, die in sachlicher und kooperativer Atmosphäre verliefen.

2.3.4 Koordinator für Sanktionen und Missionen zur Unterstützung von Sanktionen (SAM)

Die Verabschiedung der Resolutionen 1021 und 1022 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 22. November 1995 zog eine beträchtliche Verringerung der operativen Aufgaben der SAM in den Nachbarländern der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und des Büros des EU/OSZE-Koordinators für Sanktionen in Brüssel nach sich.

In der Folge standen wesentlich weniger Zollbeamte und andere Experten im Dienst der SAM in Albanien, Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien, Rumänien und Ungarn. Hinsichtlich der SAM in der Ukraine ersuchte die Regierung um den vorübergehenden Abzug derselben, wobei davon ausgegangen wurde, daß der rechtliche Rahmen für eine mögliche künftige Anwesenheit der SAM in Kraft bleibt.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen der Resolution 1022 beschloß der Ständige Rat der OSZE, das Mandat der SAM und des EU/OSZE-Koordinators für Sanktionen bis 30. September 1996 zu verlängern. Angesichts nachfolgender Entwicklungen nahm der Ständige Rat jedoch von einer weiteren Verlängerung des Mandats Abstand.

Am 1. Oktober 1996 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1074, durch die die Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und die Republika Srpska mit sofortiger Wirkung aufgehoben wurden. Als Folge davon stellen die EU/OSZE-Missionen zur Unterstützung von Sanktionen ihre Tätigkeit ein. Der Ausschuß der Missionen zur Unterstützung von Sanktionen (SAMCOMM) bleibt jedoch bestehen, um die ungefähr 8000 laufenden Ermittlungen zu vermutlichen Verletzungen von Sanktionen zu koordinieren und das Büro zur Unterstützung in Zoll- und Finanzfragen und die Internationale Zollbeobachtermission in Bosnien und Herzegowina zu verwalten.

3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)

In der OSZE geht man seit geraumer Zeit davon aus, daß Stabilität und Sicherheit weitgehend vom Erfolg oder Mißerfolg der Politik eines Staates gegenüber seinen nationalen Minderheiten abhängen. In Anerkennung des bedeutenden Beitrags des HKNM zum Abbau von Spannungen zwischen Volksgruppen wurde dessen Mandat im Herbst 1995 um eine zweite Amtszeit von drei Jahren verlängert.

Im Berichtszeitraum hatte der Hohe Kommissar erneut mit Minderheitenfragen in einer Reihe von Teilnehmerstaaten der OSZE zu tun. Die Beziehungen zwischen Volksgruppen waren ihm ein besonderes Anliegen. Die erörterten Fragen erstreckten sich über eine große Bandbreite von Themen, wie etwa Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen und regionalen Behörden, Aussichten für die Rückkehr von Angehörigen nationaler Minderheiten in ihre angestammten Wohngebiete und Probleme im Zusammenhang mit der Erlangung der Staatsbürgerschaft. Oft ging es auch um die Möglichkeiten von Angehörigen einer Minderheit, Unterricht in ihrer Muttersprache zu erhalten und ihre Muttersprache zu verwenden.

3.1 Kroatien

Mit seinem ersten Besuch in Kroatien vom 14. bis 17. Dezember 1995 verfolgte der HKNM den Zweck, sich mit der Lage nationaler Minderheiten insbesondere im Hinblick auf die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen vertraut zu machen. Er führte Gespräche mit einer Reihe hoher Beamter in Zagreb, darunter Herrn Kofi Annan, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn B. Suk Min, Missionsleiter, Operation der Vereinten Nationen zur Wiederherstellung des Vertrauens in Kroatien (UNCRO), Herrn Pierre Jambor, Leiter der UNHCR-Mission in Kroatien, und Herrn J.M. Rodriguez Cordon, geschäftsführender Leiter der ECMM.

Der HKNM besuchte ein Flüchtlingslager in Kupljensko nahe der bosnischen Grenze sowie Knin in der Krajina und traf dort mit Vertretern der lokalen Behörden, der Militärbehörden und mit dem ECMM-Team in Knin zusammen.

Vom 4. bis 8. Februar 1996 stattete der Hohe Kommissar Kroatien seinen zweiten Besuch ab; es kam zu Treffen in Zagreb und Osijek, in deren Verlauf er sich mit der besonderen Situation in den kroatischen Gebieten Ostslawoniens, der Baranja und Westsirmiens vertraut machte.

Er traf mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, dem Justiz- und dem Innenminister, dem Präsidentenberater für humanitäre Angelegenheiten und mehreren Parlamentariern zusammen, von denen auch einige der serbischen und anderen nicht-kroatischen Volksgruppen angehörten. Ferner traf er Vertreter des UNHCR und der UNTAES.

Der dritte Besuch des HKNM in Kroatien fand vom 9. bis 13. Juni 1996 statt. Vor seinem Besuch in Zagreb bereiste der HKNM Vukovar und eine Reihe benachbarter Dörfer in Ostslawonien. Er fuhr auch nach Osijek, dem Verwaltungszentrum der Region, in dem auch das kroatische UNTAES-Verbindungsbüro seinen Sitz hat.

3.2 Estland

Der HKNM engagierte sich nach wie vor in Estland, wobei er sich in erster Linie auf Staatsbürgerschaftsfragen, die Ausstellung von Fremdenpässen und die Sprachanforderungen konzentrierte.

Er erörterte diese Fragen während seiner Besuche vom 30. November bis 1. Dezember 1995 und vom 7. bis 9. Mai 1996, in deren Verlauf er mit Präsident Lennart Meri, dem Außenminister und dem Vizepräsidenten des Parlaments zusammentraf. In Gesprächen mit dem Direktor des Amtes für Staatsbürgerschaft und Migration wies der Hohe Kommissar darauf hin, daß die Schweizer Regierung auf seine Empfehlung hin Mittel für die Computerausstattung zur Verfügung stellen werde, um das Amt bei der Entgegennahme von Anträgen auf befristete Aufenthaltsbewilligung und Fremdenpässe zu unterstützen.

3.3 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Im März 1996 besuchte der HKNM die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, der er bereits im März und im Mai 1995 einen Besuch abgestattet hatte. Dieses

Mal galt seine Aufmerksamkeit in erster Linie der herrschenden politischen Lage und den jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen. Besonders wichtig war ihm die Frage des Unterrichts in albanischer Sprache, wobei es auch darum ging, die Zugangsmöglichkeiten für Albaner zu muttersprachlicher Hochschulbildung im Rahmen der nationalen Gesetzgebung zu verbessern.

3.4 Ungarn

Die Lage der slowakischen Minderheit in Ungarn fand weiterhin die Aufmerksamkeit des HKNM; er wurde dabei von einem dreiköpfigen Expertenteam unterstützt. Neben Treffen in Budapest besuchten die Experten Békéscsaba, eine der größten und ältesten slowakischen Siedlungen im Süden des Landes.

Das Expertenteam begleitete den Hohen Kommissar auch auf seiner dritten Reise nach Ungarn vom 20. bis 22. Mai.

Im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Grundlagenvertrags zwischen Ungarn und Rumänien traf der HKNM im Sommer 1996 mehrmals mit dem ungarischen Außenminister Kovács zusammen; der Vertrag wurde schließlich im August 1996 fertiggestellt.

3.5 Kasachstan

Ende 1995 und noch 1996 verfolgte der HKNM die Entwicklungen in Kasachstan. Im Februar 1996 fand ein Seminar über Beziehungen zwischen Volksgruppen statt. Es trug den Titel „Aufbau harmonischer Beziehungen zwischen den Volksgruppen in den kürzlich unabhängig gewordenen Staaten am Beispiel Kasachstans“ und wurde vom HKNM, der Stiftung für Beziehungen zwischen Volksgruppen, dem Amt des Präsidenten von Kasachstan und dem Außenministerium gemeinsam veranstaltet. Vier Hauptthemen standen im Mittelpunkt der Diskussion: die Bedeutung völkerrechtlicher Normen für die Minderheitenpolitik eines Staates und die Beziehungen zwischen Volksgruppen; die Entwicklung und Umsetzung einer Sprachenpolitik in einem mehrsprachigen Staat; die Rolle gesamtstaatlicher Organe in Fragen lokaler Minderheiten; die Notwendigkeit eines wirksamen Dialogs zwischen Minderheitenvertretern und staatlichen Behörden.

3.6 Kirgisistan

Im April 1996 widmete sich der HKNM dem Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen im Süden Kirgisistans. Nach Treffen mit Beamten in Osch und Dschalal-Abad besuchte er Bischkek, wo es zu einem Gedankenaustausch mit Regierungsvertretern kam.

3.7 Lettland

Der HKNM setzte seine Tätigkeit in Lettland fort, das er im Januar 1996 besuchte, um Fragen im Zusammenhang mit der Einbürgerung nachzugehen. Er traf mit lettischen Behördenvertretern sowie mit Vertretern politischer Parteien und der russischsprachigen Gemeinschaft zusammen. Am 16. Mai 1996 nahm der Hohe Kommissar an einem Seminar in Riga teil, das die Förderung des Dialogs zwischen der Regierung und den im Lande lebenden Angehörigen von Minderheiten zum Ziel hatte. Dieses Seminar wurde vom lettischen

Zentrum für Menschenrechte und ethnische Studien mit Unterstützung der Stiftung für Beziehungen zwischen Volksgruppen und der Soros-Stiftung in Lettland veranstaltet.

3.8 Rumänien

Während des Besuchs des Hohen Kommissars in Rumänien vom 28. August bis 1. September 1995 stand das neue Schulgesetz im Mittelpunkt, das am 29. Juni 1995 verabschiedet worden war. In einer öffentlichen Erklärung ging er auf die von der Regierung zu einigen Fragen erhaltenen Klarstellungen ein, wie etwa das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule oder der Klasse für ihre Kinder, die Tatsache, daß das Gesetz konfessionelle Privatschulen erlaubt, und die Möglichkeit einer staatlichen Subventionierung dieser Schulen. Zur Sprache kam auch, inwieweit Minderheiten zu rumänischen Lehrbüchern für Geschichte beitragen können.

Er empfahl in der Folge, sobald wie möglich Durchführungsverordnungen zum Gesetz zu erlassen, um Unklarheiten zu vermeiden, und über eine mögliche Gesetzesänderung - vielleicht Anfang 1997 - nachzudenken, um unvorhergesehene Schwächen zu eliminieren, die in der Anfangsphase der Anwendung zu überzogenen Regelungen führen könnten.

3.9 Slowakei

Der HKNM bemühte sich weiter um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der slowakischen Regierung und der zahlenmäßig starken ungarischen Minderheit in der Slowakei.

Während des Besuchs des Hohen Kommissars im Januar 1996 wurden Sprachfragen behandelt. Vom 22. bis 24. Mai 1996 besuchte der HKNM die Slowakei erneut in Begleitung eines Expertenteams und traf mit zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten und mehreren Ministern zusammen. Der HKNM hatte Gelegenheit, die Lage der ungarischsprachigen Schulen mit Vertretern der ungarischen Minderheit zu besprechen.

3.10 Ukraine

Vom 14. bis 17. März 1996 wurde im niederländischen Noordwijk ein weiteres Treffen am Runden Tisch zu den politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen abgehalten, zu denen die ukrainischen Behörden und das Krimparlament unterschiedlicher Meinung sind. An dem Treffen, das vom HKNM in Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in der Ukraine und der Stiftung für Beziehungen zwischen Volksgruppen veranstaltet wurde, nahmen hochrangige Vertreter der Krim und aus Kiew teil. Aus der Debatte ergaben sich einige neue konkrete Ansätze, die hoffentlich zur Überbrückung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten beitragen werden.

Am 2. April 1996 nahm der HKNM an einer unter der Schirmherrschaft des UNDP stattfindenden Konferenz der Geberländer in Genf teil, die sich mit Fragen der von der Krim deportierten Bevölkerung befaßte. Im Anschluß daran verbrachte er zwei Tage in Kiew, die in erster Linie Verfassungsfragen gewidmet waren.

4. Die menschliche Dimension: Tätigkeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte

1996 kamen zum normalen Arbeitspensum des BDIMR neue Aufgaben hinzu, die der OSZE aus den Vereinbarungen von Dayton erwuchsen. Die drei Hauptaufgaben der OSZE in bezug auf Bosnien und Herzegowina lauteten: Beaufsichtigung des Wahlprozesses, Überwachung der Menschenrechte und Hilfestellung für die Vertragsparteien, um Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen zu erleichtern.

Das BDIMR unterstützt die OSZE-Mission in Bosnien bei der Abwicklung der Wahlen, es leistet Hilfestellung für die Ombudsmänner und -frauen und bei der Schaffung zeitgemäßer Gesetzesinstrumente.

4.1 Wahlüberwachung

In Übereinstimmung mit einem neuen Rahmen für die Wahlüberwachung konzentriert sich das BDIMR in seinen Bemühungen auf die Zeit unmittelbar vor und nach Wahlen in Teilnehmerstaaten. Dies ermöglicht es den Experten, im Hinblick auf die politische Bürgerrechtssituation eingehende Nachforschungen anzustellen.

Das BDIMR ist in bezug auf die Wahlen in Bosnien und Herzegowina seit November 1995 bei der Veranstaltung und Unterstützung verschiedener Tätigkeiten äußerst aktiv. Dazu gehört auch die Organisation der einleitenden Missionen zur Beurteilung der Wahlen, der Entwurf neuer Wahlordnungen für Bosnien und Herzegowina und die Ausbildung neuer Mitglieder der OSZE-Mission sowie die Entsendung von Beobachtern zu den Wahlen selbst.

1996 beobachtete das BDIMR die Parlamentswahlen in Rußland (Dezember 1995) und Albanien (Mai und Juni 1996), die Kommunalwahlen in Rumänien (Juni), die Präsidentschaftswahlen in Rußland (Juni) und Armenien, die Parlamentswahlen in Litauen (Oktober), die Präsidentschaftswahlen in Bulgarien (Oktober) und Moldau (November) und die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Rumänien (November).

4.2 Einbindung der menschlichen Dimension in die Arbeit des Ständigen Rates

Die beim Gipfeltreffen von Budapest 1994 beschlossenen Verfahren waren die Vorboten einer grundlegenden Umstellung bezüglich der Art, wie die OSZE in Zukunft an Fragen der menschlichen Dimension herangeht. Die menschliche Dimension soll in der Arbeit des Ständigen Rates stärker zum Tragen kommen.

Der Direktor und die Mitarbeiter des BDIMR nahmen regelmäßig an Sitzungen des Ständigen Rates teil und ließen den Delegationen allmonatlich Informationen über seine Tätigkeit zukommen. Daraus ergab sich ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen dem Büro und dem Ständigen Rat.

4.3 Seminare, Symposien und Tagungen

4.3.1 *Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Institutionen.* Das Dritte Jährliche Gerichtssymposium in Warschau fand vom 10. bis 14. Juni statt; die Teilnehmer waren Juristen und Ministerialbeamte aus ganz Europa, dem Kaukasus und Zentralasien. Es gab den Teilnehmern Gelegenheit, neue Rechtsentwicklungen und Techniken zur Verbesserung der Justizverwaltung in ihrem Land kennenzulernen.

4.3.2 *Programm zur beruflichen Fortbildung für russische Richter,* 10. - 13. Juli, Orjol, Rußland. Dieser Fortbildungs-Workshop mit dem Titel „Die Rolle regionaler Gerichte bei der Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen“ bildete den zweiten Abschnitt des beruflichen Fortbildungsprojekts, das vom Programm für koordinierte Rechtsunterstützung konzipiert worden war. In diesem Workshop sollte in erster Linie festgestellt werden, ob sich regionale Gerichte für die Durchführung eines landesweiten Ausbildungsprojekts eignen, das vom Obersten Gerichtshof Rußlands und dem BDIMR entwickelt wurde.

4.3.3 *Fortbildungsprogramm für Migrationsbeamte der Regierung von Belarus,* 15. -19. Juli, Warschau. Diese Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem UNHCR organisiert. Die Tagesordnung, die mit Hilfe des zum polnischen Innenministerium gehörenden Amtes für Migration und Flüchtlingsfragen entstanden war, verschaffte den Beamten von Belarus einen tiefen Einblick in die neuen rechtlichen und organisatorischen Grundsätze, nach denen sich die Flüchtlings- und Migrationspolitik Polens richtet.

4.3.4 *Fortbildungsprojekt für das georgische Justizministerium und die georgische Staatsanwaltschaft,* 6. - 8. September. Im Mittelpunkt des Programms standen die Gefängnisreform und -verwaltung sowie eine Überprüfung, inwieweit internationale Normen im georgischen Strafrecht Anwendung finden und welche praktischen Auswirkungen die Strafrechtsreform hat.

4.3.5 *Seminar über Menschenrechte und internationale Normen der Rechtsprechung,* 28. - 30. Mai, Duschanbe. Bei diesem Programm, an dem alle Gerichte und andere Justizbehörden und -vertreter aus dem gesamten Land teilnahmen, handelte es sich um das erste derartige Projekt in Tadschikistan. Ziel war es, zur Erörterung der praktischen Umsetzung internationaler Rechtsnormen anzuregen und Mittel und Wege zu prüfen, wie diese Normen als wirksamer Garant für ein unparteiisches Gerichtsverfahren und als Grundlage für den Kampf gegen die organisierte länderübergreifende Kriminalität dienen können.

4.3.6 *Workshop über Menschenrechte in Haftanstalten,* 16. - 19. Februar, Eriwan. Dieser Workshop befaßte sich vorrangig mit Themen wie „Sinn und Zweck von Haftanstalten“, „Häftlinge und die Welt außerhalb“ und „Europäische Konventionen über Menschenrechte in Haftanstalten“.

4.3.7 *Runder Tisch über rechtliche Aspekte der Ombudsmann-Institution,* 11. - 12. März, Tiflis, Georgien. Dieser Runde Tisch war im Gefolge der jüngsten Beurteilung des Entwurfs eines georgischen Ombudsmanngesetzes im Verfassungsrang durch das BDIMR zustande gekommen und sollte in erster Linie die betroffenen georgischen Parteien ermutigen, ausgewählte Rechtsfragen zu erörtern.

Seminare zur menschlichen Dimension

4.3.8 *Konstitutionelle, rechtliche und administrative Aspekte der Religionsfreiheit*, 16. - 19. April, Warschau. Hauptthema des Seminars war die Religionsfreiheit in ihrer Beziehung zu staatlichen und kirchlichen Stellen sowie zu Religionsgemeinschaften und religiösen Organisationen. Von seiten der Delegationen wurde über Bemühungen, vor allem in den neuen Demokratien, berichtet, die OSZE-Normen in ihre Verfassung aufzunehmen.

4.4 Fortbildungsprogramme für nichtstaatliche Organisationen

- Runde Tische zu Frauenfragen, Kirgisistan (September) und Usbekistan (Oktober)
- Schaffung von Kompetenz und Kommunikation für die Führung nichtstaatlicher Organisationen - Fortbildungs-Workshops in Litauen und Georgien (Mai), in Armenien und Aserbaidschan (jeweils im Juli) und in Moldau (Oktober)
- Die Rolle des Bildungswesens bei der Stärkung der Zivilgesellschaft: Workshop in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (11. - 13. September) und in Estland (29. - 31. Oktober)

4.5 Medien

In Anbetracht der Tatsache, daß die Entwicklung unabhängiger Medien eine der Grundvoraussetzungen für eine gut funktionierende Zivilgesellschaft ist, hat sich das BDIMR besonders damit befaßt, Medienkampagnen im Vorfeld und im Verlauf von Wahlen zu beobachten, die Öffentlichkeit für Fragen der menschlichen Dimension, insbesondere solche mit Medienbezug, durch Seminare und Workshops zu sensibilisieren und Informationen über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Hinblick auf Medien zu sammeln und zu verbreiten. Das BDIMR veranstaltete auch regionale Konferenzen und Tagungen für Journalisten.

Das Seminar zum Konflikt in Transkaukasien und der Rolle der Massenmedien, 22. - 26. April, Batumi, Georgien, wurde von der OSZE-Mission in Georgien, dem Europarat und der Schwarzmeer-Pressagentur veranstaltet. Fünfundzwanzig Medienfachleute aus den Konfliktregionen nahmen an der Konferenz teil. Die Teilnehmer erörterten, wie sie Kontakte herstellen und Kanäle schaffen könnten, um künftig miteinander zu kommunizieren. Sie befaßten sich auch mit der Rolle, der Verantwortung, dem Ethos und dem Einfluß journalistischer Tätigkeit auf die Friedensstiftung in ihren Ländern.

Im Rahmen des Hilfsprogramms des BDIMR zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Bosnien und Herzegowina wurde im Juni in Kroatien eine Tagung zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und der Rolle der Medien veranstaltet. Journalisten aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien diskutierten über Behinderungen eines unabhängigen und professionellen Journalismus, unter anderem über Probleme wie etwa beschränkte Verfügbarkeit von Zeitungspapier, Geldstrafen für Inserenten und hohe Steuern.

4.6 Missionsunterstützung

Das BDIMR setzte seine Tätigkeit als Berater des Amtierenden Vorsitzenden bei der Abfassung der Mandate im Vorfeld der Einrichtung von Missionen fort und entsandte häufig Experten zu Erkundungsbesuchen. Für neue Mitglieder veranstaltete es auch Schulungskurse zur menschlichen Dimension, zu Überwachungs- und Berichtsmethoden. Es hält die Missionen über seine Tätigkeit auf dem laufenden und stellt ihnen Informationsmaterial über Menschenrechtsfragen zur Verfügung.

4.7 Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti

Zusammenarbeit mit den OSZE-Teilnehmerstaaten. In der Absicht, sich selbst ein Bild von der Lage der Roma-Minderheit in jedem Teilnehmerstaat zu machen, sandte die Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti (KFRS) einen Fragebogen aus, um umfassende Angaben über die Romabevölkerung in den einzelnen Staaten einzuholen.

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Der BDIMR-Koordinator der Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti (KFRS) nahm an der vom Europarat vom 15. bis 21. Mai veranstalteten Erkundungsmission zur Lage der Roma teil. Darüber hinaus arbeitete das BDIMR in dieser Frage eng mit der Europäischen Kommission und dem UNHCR zusammen.

Zusammenarbeit mit Roma-Organisationen. Zu Fragen der Roma und Sinti und den laufenden Aktivitäten der KFRS finden regelmäßig Beratungen statt. Bei allen laufenden Aktivitäten der KFRS ist die Ständige Konferenz für Zusammenarbeit und Koordination der Roma-Verbände in Europa ein wichtiger Partner.

Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung. Im Januar 1996 wurde in Warschau ein Workshop zum Thema Gewalt gegen Roma und Sinti veranstaltet, gefolgt von mehreren Beratungen mit Romaverbänden zu diesem Problem. Die KFRS erstellte einen Bericht über Gewalt und Diskriminierung gegen Roma in Europa und erörterte ihn mit den Vertretern interessierter Regierungen.

Zunehmende Sensibilisierung für Fragen der Roma und Sinti. Im September 1996 fand in Prag ein Seminar über das Bild der Roma in den Medien statt; es wurde vom Projekt für Volksgruppenbeziehungen und der KFRS gemeinsam veranstaltet.

4.8 GUS-Migrationskonferenz

Da man sich des Ausmaßes und der Komplexität des Problems der Wanderbewegung in den GUS-Ländern zunehmend bewußt wird, veranstalteten der UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) gemeinsam mit der OSZE im Juni 1996 eine Konferenz zu diesem Thema. 1995 war ein gemeinsames Sekretariat gegründet worden, das von allen drei Organisationen mit Personal ausgestattet wurde und die Konferenz vorbereiten und der internationalen Staatengemeinschaft einschlägige Informationen zur Verfügung stellen sollte.

Die Konferenz brachte alle GUS-Länder mit anderen interessierten Staaten an einen Tisch und trug zur Förderung der Diskussion über humanitäre Fragen bei.

Ausgehend von der Vorbereitungsphase erreichte die Konferenz durch die intensive Arbeit der Teilnehmerstaaten in zwei subregionalen Sitzungsrunden und zwei Expertensitzungen mehrere Ziele.

5. Sicherheitskooperation

5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung

Das sechste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD 1996) des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) fand vom 4. bis 6. März 1996 in Wien statt. Da zahlreiche Experten aus den Hauptstädten daran teilnahmen, bot es Gelegenheit, Anregungen zur Verbesserung des bestehenden Wiener Dokuments 1994 und sonstiger FSK-Vereinbarungen wie des Verhaltenskodex und des weltweiten Austausches militärischer Information zu erörtern.

Bis zum 1. August 1996 wurden folgende Beschlüsse zur Verbesserung/Weiterentwicklung bestehender VSBM gefaßt:

- Festlegung eines für alle geltenden 5-Jahres-Zeitraums für Besuche von Militärflugplätzen
- Festlegung der Rolle des Konfliktverhütungszentrums innerhalb des OSZE-Netzes
- Verlängerung der Frist für die Vorlage von Informationen betreffend die Verteidigungsplanung auf drei Monate.

5.2 Übereinkommen über chemische Waffen

Unter Hinweis darauf, wie wichtig ein baldiges Inkrafttreten des Übereinkommens über chemische Waffen ist, beschloß das FSK, daß ein regelmäßiger Austausch von Informationen über den aktuellen Stand der Ratifizierung des Übereinkommens sowie dessen Niederschlag in entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen stattfinden soll.

5.3 Verhaltenskodex

Die Durchführung des Verhaltenskodex wurde während des JTBD 96 überprüft. Als Folge dieser Überprüfung wird die Einführung eines gesonderten jährlichen Ad-hoc-Überprüfungstreffens erwogen. Zwei Seminare, die von den Niederlanden beziehungsweise Deutschland veranstaltet wurden (Dezember 1995 und Mai 1996), stellten unter Beweis, daß in einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten die Durchführung des Kodex wesentliche Fortschritte gemacht hat.

5.4 Weltweiter Austausch militärischer Information

Am 30. April 1996 haben die Teilnehmerstaaten der OSZE ihren weltweiten Austausch militärischer Information erfolgreich durchgeführt. Dem Austausch ging ein Workshop über automatisierten Datenaustausch voran, bei dem eine vielversprechende Zahl von Teilnehmern vertreten war.

5.5 Ein Rahmen für Rüstungskontrolle

Als Beitrag zur Erstellung eines Sicherheitsmodells für das einundzwanzigste Jahrhundert rief Arbeitsgruppe B des FSK eine informelle Arbeitsgruppe ins Leben, um den künftigen Rahmen für Rüstungskontrolle zu erörtern. Der Rahmen wurde im September angenommen; er soll bis Lissabon abgeschlossen sein und vom Gipfeltreffen selbst verabschiedet werden.

5.6 VSBM-Übersicht

1996 wurde eine Reihe der im Wiener Dokument 1994 erwähnten VSBM bereits erfolgreich von den Teilnehmerstaaten durchgeführt, darunter folgende:

- 4 Besuche von Militärflugplätzen
- 66 Überprüfungsbesuche
- 21 Inspektionen
- 2 Vorführungen neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät
- 4 Besuche bei militärischen Einrichtungen
- 7 Beobachtungen militärischer Aktivitäten

6. Sonstige Aktivitäten

6.1 Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten

6.1.1 Die bemerkenswerteste Aktivität der OSZE in diesem Bereich war 1996 die **Besuchsreise der Troika** vom 9. bis 13. September in die Länder Zentralasiens. Diese Reise - die erste ihrer Art - verfolgte zugleich mehrere Ziele: eine aktivere Teilnahme der betroffenen Länder an der OSZE sowie ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und Zwänge der OSZE zu fördern, Sicherheitsanliegen zu ermitteln, die Rolle, die die OSZE mittels vorbeugender Diplomatie erfüllen kann, abzugrenzen und der Öffentlichkeit stärker bewußt zu machen, daß die Teilnahme an der OSZE bis Zentralasien reicht. In allen Ländern wurde der Delegation der Troika ein Empfang auf höchster Ebene zuteil, und es fand ein konstruktiver Meinungs austausch über die stärkere Integration der Staaten dieses Gebiets in die Organisation statt.

6.1.2 Als Teil ihres Seminar- und Tagungsprogramms in Zentralasien veranstaltete die OSZE am 23. April ein Symposium in Taschkent, Usbekistan, und vom 24. bis 26. April ein Seminar in Duschanbe, Tadschikistan. Diese von der Abteilung für die Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden des OSZE-Sekretariats in zwei Städten geplante Veranstaltung wurde gemeinsam mit den Behörden der Gaststaaten organisiert. Das Verbindungsbüro der OSZE für Zentralasien in Taschkent und die OSZE-Mission in Tadschikistan waren ebenfalls aktiv eingebunden. Die Tagungen wurden von den Premierministern der beiden Gaststaaten eröffnet und von mehr als 100 Teilnehmern aus der OSZE-Gemeinschaft besucht. Der breit gestreute Teilnehmerkreis umfaßte auch Vertreter internationaler Organisationen, internationaler sowie örtlicher NGOs und der Medien. Am Seminar in Duschanbe konnten auch Mitglieder von Oppositionsparteien teilnehmen.

Auf dem Symposium in Taschkent unter dem Titel *OSZE: Umfassende Sicherheit und regionale Herausforderungen* kam es zu lebhaften Diskussionen über eine Reihe unterschiedlicher Fragen, die für die OSZE und ihre Mitglieder aus Zentralasien von besonderem Interesse sind.

Das *Seminar über Vertrauensbildung* in Duschanbe war die erste größere OSZE-Veranstaltung in Tadschikistan. Die Diskussionen behandelten ein breites Spektrum von Fragen, darunter Probleme der Konfliktverhütung, regionale Zusammenarbeit und Solidarität in Wirtschafts- und Umweltbelangen, demokratische Institutionen, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

6.1.3 Vom 11. bis 13. September 1996 wurde in Taschkent ein *Seminar über einzelstaatliche Rechtsvorschriften im Bereich der Menschenrechte* abgehalten. An diesem Seminar nahm die Delegation der Troika teil; sein Schwerpunkt lag auf Rechtsfragen betreffend den Schutz der Menschenrechte.

6.1.4 Mit ihrer Mission vor Ort beteiligte sich die OSZE in Tadschikistan an der Vorbereitung eines *Workshops für kleine und mittlere Unternehmen in der Region Leninabad*. Der Workshop wurde gemeinsam mit dem UNDP und dem tadschikischen Zentrum für Unternehmertum und Management veranstaltet. Er fand am 9. und 10. August 1996 in Chodschand statt und versammelte mehr als 50 führende Unternehmen und mehrere internationale Organisationen an einem Tisch, wo sie die Wirtschaftslage in der Oblast Leninabad, der Region des Landes mit dem stärksten Industrialisierungsgrad, erörterten und beurteilten.

6.1.5 Das **Verbindungsbüro der OSZE in Zentralasien**, das seine Tätigkeit im Juli 1995 aufnahm, hat seinem Mandat gemäß Kontakte zu Vertretern aller zentralasiatischen Staaten auf verschiedenen Ebenen aufgenommen. Es informierte über die OSZE und wirkte an der Organisation regionaler Veranstaltungen mit OSZE-Bezug mit. In Anerkennung seiner wichtigen Rolle wurde das Mandat des Büros nun um weitere zwei Jahre verlängert.

6.2 Die wirtschaftliche Dimension

6.2.1 Das erste **Treffen der OSZE zur Überprüfung der Durchführung im Bereich der wirtschaftlichen Dimension** (22. und 23. Januar, Genf) führte eine Bestandsaufnahme dessen durch, was im Zeitraum 1990-1995 im Hinblick auf die Verpflichtungen der OSZE in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Wissenschaft und Technik erreicht worden war. Der Vorsitzende legte seine Zusammenfassung der Schlußfolgerungen des Treffens dem Jährlichen Treffen des Wirtschaftsforums vor.

6.2.2 Das **Vierte Treffen des Wirtschaftsforums** (27. - 29. März, Prag) behandelte die sozialen Aspekte und politischen Risiken des Transformationsprozesses sowie die Aufgabe, die der Vertrauensbildung im Wirtschaftsbereich bei der Förderung der Sicherheit zukommt. Auf dem Treffen wurde ein breites Spektrum sozialer und wirtschaftlicher Elemente der Sicherheit behandelt, die für die Debatte über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert relevant sind.

Im Vorfeld des Wirtschaftsforums erörterten die Teilnehmer aus dem Unternehmensbereich die Idee, in privater Initiative und mit privater Finanzierung einen „Europäischen

Unternehmensrat“ zu schaffen, um der Stimme des Privatsektors Gehör zu verschaffen, wobei dieses Gremium als anerkannter Gesprächspartner der OSZE auftreten könnte.

6.2.3 Ein Rahmen für die Entwicklung der Privatwirtschaft, für industrielle Zusammenarbeit und Direktinvestitionen in Ländern der GUS war Thema eines **Seminars** in Minsk (24. - 26. September), das in enger Zusammenarbeit mit der UN/ECE, der OECD und dem Exekutivsekretariat der GUS abgehalten wurde. Diese Tagung war Teil des mit der wirtschaftlichen Dimension der OSZE zusammenhängenden Seminarprogramms 1996 und sollte sowohl bei einheimischen als auch bei ausländischen Investoren das Vertrauen im Wirtschaftsbereich fördern.

6.3 Medien und Öffentlichkeitsarbeit

6.3.1 Medien

Das Sekretariat hielt die Medien und die Öffentlichkeit weiterhin über die Arbeit der OSZE auf dem laufenden und leistete dadurch auch die entsprechende Unterstützung für den Amtierenden Vorsitzenden.

Die Anzahl der Presseaussendungen und Pressebriefings erhöhte sich wesentlich. Veranstaltungen mit großem Öffentlichkeitswert wie die Wahlüberwachung durch die OSZE oder die Aktivitäten der Mission in Bosnien und Herzegowina und der Unterstützungsgruppe in Tschetschenien fanden großes Interesse bei den Medien.

Die Gepflogenheit, Journalisten zu Besuchen bei OSZE-Missionen einzuladen (z. B. in Moldau und Tadschikistan) fand ein positives Echo.

6.3.2 Öffentlichkeitsarbeit

Die Einrichtung einer Internet-Seite für die OSZE stellte einen ganz wesentlichen Schritt dar. Diese Seite ging in Zusammenarbeit aller OSZE-Gremien und -Institutionen und mit tatkräftiger technischer Unterstützung durch das Büro in Prag im Oktober 1996 ins Netz. Dadurch ist es möglich, über das Internet direkt leicht faßliche und unkomplizierte Informationen über die OSZE zu beziehen.

Eine neue, optisch ansprechende und benutzerfreundliche OSZE-Broschüre wurde herausgebracht, die dem Leser einen farbigen und informativen Überblick über die Geschichte und die Tätigkeit der Organisation vermittelt.

Die deutliche Zunahme der Anfragen um Informationen und Archivmaterial sowohl an das Sekretariat in Wien als auch an das Büro in Prag läßt auf ein zunehmendes Interesse an den Aktivitäten der OSZE schließen.

Der monatliche *Newsletter* erscheint inzwischen in einer Auflage von über 1.500 Exemplaren, und man bemühte sich, seine Gestaltung zu verbessern und inhaltlich ein größeres Spektrum an Themen abzudecken. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Institut für internationale Beziehungen in Moskau erscheint nun auch regelmäßig alle zwei Monate eine Zusammenfassung des *Newsletter* auf russisch.

6.3.3 Veröffentlichungen

Die Abteilung für die Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden erstellte die zweite Ausgabe des OSZE-Handbuchs, die auch 1996 umfassende Sachinformationen über die Institutionen, Aktivitäten und Mechanismen der OSZE lieferte. Das Handbuch erschien auch in einer russischen Fassung.

Eine Sammlung von 1995 erschienenen Artikeln über die OSZE wurde von der Abteilung für die Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden unter dem Titel *The OSCE in 1995: the Year in Print* herausgebracht. Eine weitere Veröffentlichung derselben Abteilung gab unter dem Titel *From CSCE to OSCE* eine Sammlung der Erklärungen und Reden des damaligen Generalsekretärs Dr. Wilhelm Höynck heraus.

Wie schon in der Vergangenheit erschienen vier Ausgaben des BDIMR-Bulletins. Der *Roma and Sinti Issues Newsletter* kam das zweite Jahr heraus. Das BDIMR brachte dieses Jahr auch eine neue Publikation heraus, den *Central Asian and Transcaucasian Newsletter*.

III. Die Parlamentarische Versammlung

Seit die Parlamentarische Versammlung dem beim Gipfeltreffen von Paris 1990 geäußerten Wunsch der Staats- und Regierungschefs zufolge geschaffen wurde, hat sie ihre Rolle ausgebaut, insbesondere durch den zwischen Parlamentariern und Regierungen geführten Dialog zu OSZE-Fragen. In ihren Erklärungen und Entschließungen befaßt sie sich mit aktuellen Angelegenheiten. Die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung im vergangenen Juli in Stockholm trat als Plenum und in drei den OSZE-Körben entsprechenden Ausschüssen zusammen. Die beherrschenden Themen waren das Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert und die Lage in Bosnien und Herzegowina.

Die Versammlung verabschiedete Empfehlungen der drei Allgemeinen Ausschüsse, die in die Abschließende Erklärung von Stockholm aufgenommen wurden. Ferner wurden zwei zusätzliche Entschließungen über die Türkei und das ehemalige Jugoslawien verabschiedet. Die Versammlung erörterte auch ein vom Ad-hoc-Ausschuß unter dem Vorsitz der Präsidentin des Deutschen Bundestags, Prof. Rita Süßmuth, ausgearbeitetes Dokument über einen „Verhaltenskodex zu politisch-demokratischen Aspekten der Zusammenarbeit“. Es wurde beschlossen, den „Verhaltenskodex“ an das Gipfeltreffen von Lissabon weiterzuleiten. Die Versammlung richtete einen jährlich zu vergebenden Preis für Journalismus und Demokratie ein, der an den polnischen Journalisten Adam Michnik vergeben wurde. Bei der Tagung in Stockholm wurde der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im spanischen Parlament, Herr Javier Ruperez, zum neuen Präsidenten der Versammlung gewählt.

Die Versammlung ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der OSZE und Parlamentariern aus den Teilnehmerstaaten. Es hat sich eingebürgert, daß die Berichte der Ausschüsse und die Beschlüsse der Versammlung dem Ministerrat zur Behandlung vorgelegt werden und daß hochrangige OSZE-Vertreter und -Experten die Parlamentarier über den jüngsten Stand der Entwicklungen in der OSZE unterrichten. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Herr Javier Ruperez, berichtete dem Ständigen Rat in Wien im Juli über die Ergebnisse der Stockholmer Tagung und nahm im vergangenen September am Treffen der Troika teil.

Mit ihrem Wahlüberwachungsprogramm lieferte die Versammlung im abgelaufenen Jahr einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der repräsentativen Demokratie. An die 300 parlamentarische Beobachter überwachten Wahlen in Albanien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Rußland (zweimal - Parlaments- und Präsidentschaftswahlen) und in Bosnien und Herzegowina. Die Versammlung stand in enger Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem BDIMR.

Die Versammlung entsandte Missionen in die Staaten des Baltikums und Zentralasiens unter der Leitung ihres damaligen Präsidenten, Herrn Frank Swaelen, sowie nach Georgien und Armenien unter der Leitung des neugewählten Präsidenten, Herrn Javier Ruperez. Als Folge dieser Missionen entstand ein intensives Seminarprogramm für die Länder Zentralasiens und Transkaukasiens.

Universitätsabsolventen aus OSZE-Ländern kamen in den Genuß eines internationalen Stipendienprogramms am Sitz der Parlamentarischen Versammlung in Kopenhagen, was die wissenschaftlichen und sprachlichen Kapazitäten des Internationalen Sekretariats der Versammlung beträchtlich stärkte. Stipendiaten aus mehr als 12 OSZE-Ländern stellten im abgelaufenen Jahr Unterlagen für die Einweisung von Wahlüberwachungsteams zusammen, waren den Delegationen während ihrer Missionen behilflich und leisteten Hilfsdienste bei Seminaren und Sitzungen der Versammlung.

IV. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen

Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen im Dienste der vorbeugenden Diplomatie und der Normalisierung der Lage nach Konflikten wurde ausgebaut.

Am 15. und 16. Februar 1996 nahm der Generalsekretär am zweiten Treffen zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali am Sitz der Vereinten Nationen in New York teil. Bei den Diskussionen ging es in erster Linie um eine Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs, vermehrte Konsultationen und die Möglichkeiten für gemeinsame Einsätze.

Im Rahmen der verstärkten Wechselbeziehung zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen kommt es zu stärkerer Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen, insbesondere in den Bereichen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Der Sicherheitsrat ließ den Bemühungen der OSZE um eine Konfliktlösung in Berg-Karabach auch weiterhin politische Unterstützung zukommen. Die OSZE nahm als Beobachter an den von der UNO geleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in Tadschikistan teil und wurde zu den unter der Ägide der Vereinten Nationen geführten Gesprächen in Abchasien eingeladen. An die Vereinten Nationen ergingen regelmäßig Informationen über die Tätigkeit der OSZE vor Ort auf Grundlage der Missionsberichte aus Moldau, Georgien, Estland, Lettland, der Ukraine und Tschetschenien.

Das Allgemeine Rahmenübereinkommen für Frieden in Bosnien und Herzegowina (das Dayton-Übereinkommen) bindet in noch nie dagewesenem Ausmaß eine Vielzahl internationaler Organisationen ein, wobei die OSZE an vorderster Front steht. Bei ihrem ersten Treffen im Januar 1996 mit befehlshabenden Offizieren der IFOR in Sarajewo erörterte die OSZE-Troika Pläne für die Zusammenarbeit zwischen den für die militärische und die zivile Durchführung des Übereinkommens in Bosnien und Herzegowina zuständigen Organisationen, um in koordinierter Weise die Herausforderungen der Friedensstiftung nach dem Konflikt zu bewältigen.

Die trilateralen Kontakte zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen und dem Europarat wurden ebenso fortgesetzt wie die direkten Kontakte zwischen Institutionen der OSZE und Ämtern, Sonderorganisationen und Programmen der Vereinten Nationen. Im Dezember 1995 erörterten Vertreter des Genfer Büros der Vereinten Nationen, des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, des Europarats und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz gemeinsam mit Vertretern der OSZE die Aussichten für eine Zusammenarbeit vor Ort. Weitere Treffen zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen und dem Europarat sind geplant.

Am 23. Januar 1996 fand in Straßburg ein „2+2“-Treffen zwischen der OSZE und dem Europarat statt.

Am 11. Juli 1996 sprach der Generalsekretär des Europarats, Herr Daniel Tarschys, vor dem Ständigen Rat der OSZE. In seiner Rede verwies er insbesondere auf die Bedeutung

von Kontakten zwischen dem Europarat und den Missionen sowie dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE.

In seiner Rede vor den Ministervertretern im Europarat hielt der Generalsekretär der OSZE am 15. Oktober fest, daß das Prinzip der wechselseitigen Ergänzung zunehmend an Bedeutung gewinne, wenn man Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten verhindern und die Ressourcen bestmöglich nutzen wolle.

V. Beziehungen zu den Kooperationspartnern

Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern Japan und Republik Korea sowie mit ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum Ägypten, Algerien, Israel, Marokko und Tunesien nahm weiter zu.

Vom 2. bis 4. Juni 1996 wurde in Tel Aviv, Israel, ein weiteres Mittelmeerseminar abgehalten. Es stand unter dem Motto „Die OSZE als Forum für Dialog und die Stärkung von Verhaltensnormen“. Abgesehen von den Vertretern aus 31 OSZE-Teilnehmerstaaten nahmen Vertreter aus Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien am Seminar teil.

Die Teilnehmer betonten, daß ein Dialog sich verstärkt auf gemeinsame Werte und eine gemeinsame Sicherheitsauffassung stützen sollte, aus denen sich Prinzipien herleiten lassen, zu denen sich alle Staaten der Region bekennen.

In der Mittelmeer-Kontaktgruppe in Wien gingen die Erörterungen darüber weiter, wie der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum gestärkt werden könne, wobei neben anderen folgende Themen im Mittelpunkt standen: vertrauensbildende Maßnahmen, die Anwendung der OSZE-Prinzipien in der Mittelmeerregion und die Verabschiedung kooperativer Strategien zur Behandlung gemeinsamer Anliegen, wie dem organisierten Verbrechen, dem Drogenhandel und Naturkatastrophen.

Am 1. und 2. Juli fand in Wien eine Tagung der Mittelmeer-Kontaktgruppe zum Thema „Risiken und Herausforderungen für die europäische Sicherheit: die Mittelmeerdimension“ statt. Im Zusammenhang mit der Ausweitung des Terrorismus stellten die Teilnehmer Fragen von gemeinsamem Interesse fest und erörterten mögliche Wege der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung dieser Geißel.

VI. Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)

Im Sinne der Empfehlungen, die in der vom Generalsekretär im September 1995 in Befolgung des Budapester Dokuments herausgegebenen „Studie über eine stärkere Einbindung der nichtstaatlichen Organisationen“ abgegeben wurden, fuhr die Organisation fort, die Strukturen für die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen auszufeuern.

Im OSZE-Sekretariat wurde vom Generalsekretär eine Verbindungsperson für NGOs bestellt, die sich auf die Beziehungen mit jenen NGOs konzentrieren soll, zu deren Betätigungsfeld andere Fragen als jene der menschlichen Dimension gehören. Am 6. Mai 1996 wurden Experten zum Thema „Wie man Konfliktmanagement bei humanitären und Entwicklungsprogrammen vereint“ konsultiert.

Laut Empfehlung der „Studie über eine stärkere Einbindung der nichtstaatlichen Organisationen“ wurden vermehrt NGOs zu regionalen Treffen eingeladen. Die Reden einschlägiger NGOs wurden in die allgemeine Verteilerliste des Prager Büros aufgenommen.

Zusätzlich zum Sekretariat in Wien wurde auch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) seiner Aufgabe als Bindeglied zu den NGOs in vollem Umfang gerecht.

Am 20. und 21. März 1996 kam es in Washington D.C. zu einem Treffen zwischen Vertretern des BDIMR und NGOs im Hinblick auf die GUS-Migrationskonferenz. Vom 4. bis 9. Mai veranstalteten das BDIMR und die OSZE-Mission in Georgien in Tiflis einen Fortbildungsworkshop für NGOs zum Thema „Schaffung von Kompetenz und Kommunikation für die Führung nichtstaatlicher Organisationen“. Am 7. Mai besuchten Vertreter slowakischer NGOs das BDIMR, um sich über dessen Aktivitäten unterrichten zu lassen. Im Juni veranstalteten das BDIMR und „Frauenrechte in Polen“ in Warschau einen Runden Tisch zu Frauenfragen.

Bei den Kontakten zu den nichtstaatlichen Organisationen machten einen wesentlichen Anteil Missionen des HKNM in OSZE-Staaten im Dienste vorbeugender Diplomatie aus, bei denen er sich vor allem damit befaßte, wie die NGOs als Informationsquelle herangezogen werden können.

Die OSZE-Missionen unterhielten Verbindungen zu den für ihr jeweiliges Mandat maßgeblichen NGOs. So entwickelten insbesondere die Unterstützungsgruppe der OSZE in Tschetschenien und die OSZE-Missionen in Moldau, Georgien, Estland und Skopje fruchtbare Arbeitsbeziehungen zu einer Reihe von NGOs.

Zur Zeit werden mögliche neue Wege der Zusammenarbeit erörtert, unter anderem die Möglichkeit, NGO-Vertreter als Teilnehmer in OSZE-Missionen aufzunehmen und nichtstaatliche Organisationen zur Einschulung von Missionsmitgliedern beizuziehen.

VII. Verwaltung und Finanzen

Im folgenden werden die wichtigsten Aktivitäten betreffend Finanzen, Personalfragen, Informationssysteme, Rechtsfragen und sonstige Verwaltungsaufgaben dargestellt.

1. Finanzen

1.1 Finanzvorschriften

Am 27. Juni 1996 wurden vom Ständigen Rat die Finanzvorschriften genehmigt.

1.2 Haushaltsplanung

Der Haushalt für 1996 wurde am 19. Dezember 1995 vom Ständigen Rat genehmigt. Ursprünglich belief er sich auf 310,1 Millionen ATS. Für die Aufgaben der OSZE in Bosnien und Herzegowina genehmigte der Ständige Rat kurz danach einen Haushalt in der Höhe von 244,9 Millionen ATS, der seinerseits am 27. Juni 1996 berichtet wurde. Haushaltseinsparungen ist es zu verdanken, daß für die Wahlen in Bosnien und Herzegowina zusätzliche Mittel von etwa 40 Millionen ATS aufgebracht werden konnten.

Der Haushalt 1996 wurde noch einmal erhöht, um Rückstellungen für die interne Revision, die Überprüfungskonferenz und die Mission in Kroatien vorzunehmen. Die Haushalte für die Missionen zur Unterstützung von Sanktionen und den Koordinator für Sanktionen wurden gekürzt. Derzeit beträgt der Gesamthaushalt für 1996 (Stand 1. November 1996) 546,1 Millionen ATS.

1.3 Rechnungswesen

Der Abschluß 1995 wurde den externen Wirtschaftsprüfern am 18. März 1996 vorgelegt. Ihr Bericht enthielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, der bescheinigt, daß

- der Jahresabschluß die finanzielle Lage der OSZE zum 31. Dezember 1995 und die Ergebnisse der bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Transaktionen korrekt ausweist;
- der Jahresabschluß nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Rechnungswesens aufgestellt wurde;
- die Buchungen im Einklang mit den genehmigten Finanzverfahren und gesetzlichen Bestimmungen erfolgt sind.

Der geprüfte Jahresabschluß 1995 wurde den Delegationen der Teilnehmerstaaten am 26. Juni 1996 vorgelegt.

1.4 Verwaltung der Barmittel

Dank der Einrichtung des freiwilligen Fonds zur Unterstützung der OSZE-Aktion für Frieden, Demokratie und Stabilität in Bosnien und Herzegowina am 11. Januar 1996 verbesserte sich die Finanzlage der OSZE im Jahr 1996 ganz wesentlich. Seither nahm der Kapitalfluß in den Fonds beständig zu. Mit Stichtag 15. Oktober 1996 waren Barmittel in der Höhe von insgesamt 493,8 Millionen ATS in den Fonds eingegangen. Davon waren 272,3 Millionen ATS ausgegeben worden, der Saldo belief sich also auf 221,5 Millionen ATS.

In Moskau und an verschiedenen Orten in Bosnien und Herzegowina wurden neue Bankkonten eröffnet.

2. Personal

2.1 Personalstatut

Unterstützt vom Sekretariat befaßte sich der Informelle Finanzausschuß mit dem Entwurf für ein Personalstatut, der den Delegationen vom Generalsekretär im April 1995 vorgelegt wurde.

2.2 Interne Verfahren

Am 15. März 1996 wurden organisatorische Anordnungen zur Einstellung (OD 8) und zur Auswahl und Bestellung entsandten Personals (OD 9) erteilt.

2.3 Einstellung von Personal

Da die im Sekretariat zur Unterstützung der Mission in Bosnien und Herzegowina geschaffenen Posten auf Zeit besetzt werden mußten, wurde im ersten Halbjahr 1996 vermehrt Personal eingestellt.

3. Informationssysteme

3.1 Operative Angelegenheiten

Die Mittel für die Informationssysteme der OSZE kamen in erster Linie der Unterstützung der Mission in Bosnien und Herzegowina zugute und schufen gleichzeitig die notwendige Infrastruktur für die Aufrüstung der elektronischen Datenverarbeitung im Sekretariat.

Das Finanzsystem wurde bisher mit Erfolg in den Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Georgien installiert.

3.2 Neue Entwicklungen

Alle Institutionen und einige Missionen der OSZE wurden an das Internet angeschlossen.

In Anbetracht der in Zusammenhang mit Bosnien und Herzegowina anfallenden Arbeitslast mußte die für das erste Halbjahr 1996 vorgesehene Entwicklung einer OSZE-weiten Strategie für Informationssysteme verschoben werden. Dieses Vorhaben wird nun wieder in Angriff genommen.

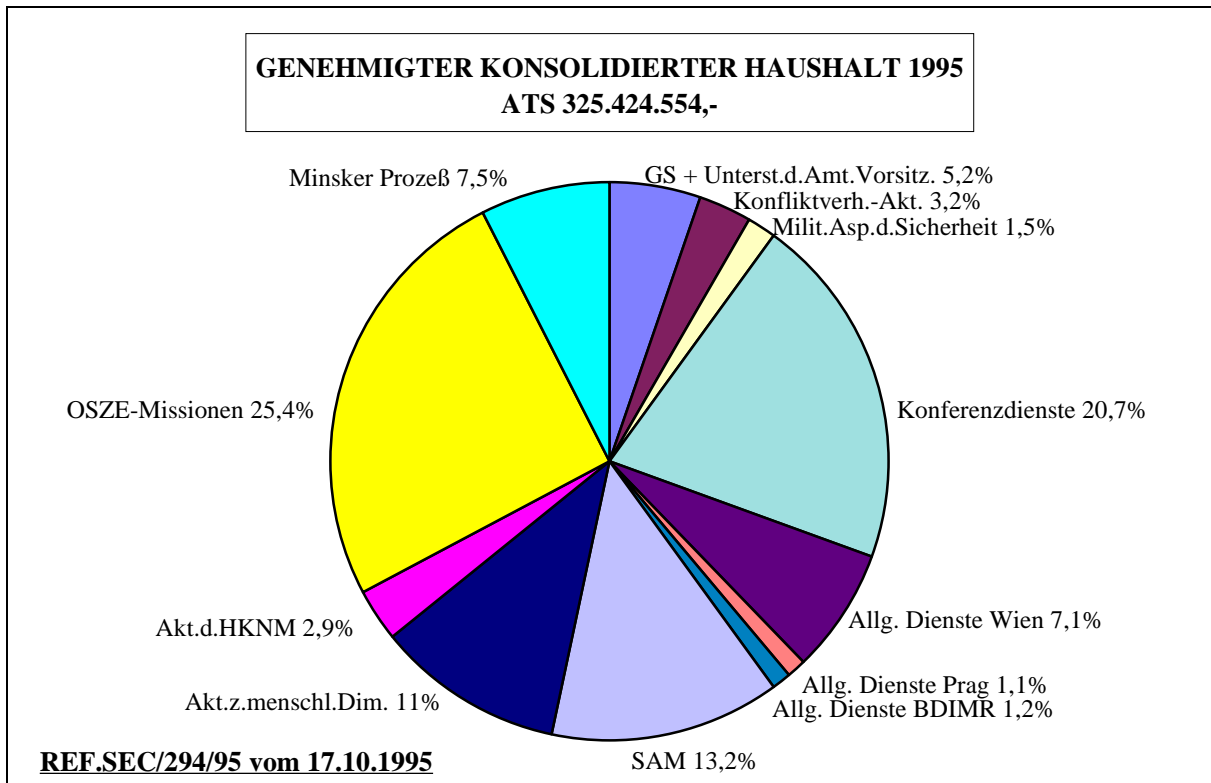
4. Rechtliche Angelegenheiten

Im gesamten Berichtszeitraum wurde in vielen Bereichen Beratung in Rechtsfragen benötigt und erteilt, vor allem für das Personalstatut und Beschäftigungsfragen, die Finanzvorschriften, Werkverträge, Versicherungsangelegenheiten, Memoranda of Understanding und sonstige internationale Instrumente, Vorrechte und Immunitäten und Sozialversicherungsfragen.

5. Sonstige Verwaltungstätigkeit

Die Hochrangige Planungsgruppe übersiedelte Ende 1995 in neue Büroräume im Sekretariat, 1010 Wien, Kärntner Ring 5-7. Darüber hinaus mußten zusätzliche Büroräume in demselben Gebäude zur Unterbringung der nach Anhang 1-B des Friedensübereinkommens für Bosnien und Herzegowina eingestellten Mitarbeiter angemietet werden.

Anhang 1



Anhang 2

